



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 21. April 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil): 18:40 Uhr

Ende: 18:40 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 06/10, 07/10 (Drucksachenband 145)

Drucksachenlisten DL Nrn. 13/10 + NÖ, 14/10 + NÖ (Drucksachenband 147)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0064 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit der Antrag 10-F-01-0304 - „Einwendungen der LH Wiesbaden im Planfeststellungsverfahren gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStRG) - Sechsstreifiger Ausbau der BAB 643 - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange - Akteneinsicht“ zugesetzt.
2. Vor der eingehenden Beratung von Tagesordnungspunkten wird ein sog. Schnelldurchgang durchgeführt, bei dem Vorlagen und Anträge ohne Aussprache abgestimmt werden.
3. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

0065 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 10.03.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

Zu den Beschlüssen 0066 bis 0074 findet keine Aussprache statt.

0066 10-V-52-0002

Bundeshauptversammlung des Bundes Deutscher Radfahrer e.V. vom 14. - 16. April 2011 in Wiesbaden Rhein-Main-Hallen

Einstimmig

0067 10-V-08-0001

Genehmigung von überplanmäßigen Investitionskosten zur Ausstattung der neuen Büroräume im Verwaltungszentrum Konradinerallee

Einstimmig

0068 10-V-61-0022

Bundesgartenschau Machbarkeitsstudie (2. Phase)

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0069 10-V-51-0006

Dynamisierung des bestehenden Leistungsvertrages mit dem Träger Kinderhaus Elsässer Platz e. V.

Einstimmig

0070 10-V-51-0014

Dynamisierung der bestehenden Leistungs- und Zuschussverträge mit dem Träger Lebenshilfe Wiesbaden e. V.

Einstimmig

0071 10-V-40-0019

Bau eines Mini-Sportfeldes auf dem Gelände der Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule

Einstimmig

0072 10-V-20-0017

Beschaffung von Microsoft Betriebssystem und Office Lizenzen

Einstimmig

0074 10-V-82-0003

Carol-Nachman-Preis Rechnungslegung 2009

Einstimmig

0076 10-F-01-0034

Einwendungen der LH Wiesbaden im Planfeststellungsverfahren gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStRG) „ Sechsstreifiger Ausbau der BAB 643 „ Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. - hier: Akteneinsicht -
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.03.2010 -

Vors. Tollebeek gibt kurz die Ergebnisse der Akteneinsicht bekannt. Er wird in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstatten.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Die nachstehenden 3 Punkte werden gemeinsam beraten.

0077 09-V-51-0093

§ 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) - Sachstandsbericht

Einstimmig

0079 10-V-51-0005

§ 28 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB)/ Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Einstimmig

0080 08-F-25-0117

Kommunaler Kostenausgleich bei Kita-Gebühren
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 22.10.2008 -

Vors. Tollebeek stellt klar, dass der Ausschuss auf jeden Fall wünscht, dass der Klageweg gegen den Rheingau-Taunus-Kreis und auch ganz allgemein beschränkt wird und man nicht darauf hoffen kann, dass das Landesgesetz geändert wird, denn im Landtag sind viele Abgeordnete aus den Kreisen vertreten, die sicher nicht an einer Gesetzesänderung interessiert sind.

Herr Jäger berichtet, dass es nicht ganz einfach ist, den richtigen „Ansprechpartner“ - sprich Beklagten zu finden, weil die Standortgemeinde der Kinder ausschlaggebend ist. Eine Klage gegen den Rheingau-Taunus-Kreis wird es deshalb nicht geben können. Die Situation sei rechtlich sehr schwierig, der RTK betreibe z. B. keine Kitas. Man sei aber dabei, den Klageweg weiter zu betreiben. Das Gericht hat auch schon signalisiert, dass Revision zugelassen wird, so dass eine höchstrichterliche Entscheidung zu erwarten ist.

Die beiden Sitzungsvorlagen 09-V-51-0093 (Sachstandsbericht) und 10-V-51-0005 (Darstellung der finanziellen Auswirkungen) liegen dem Ausschuss vor. Sie werden getrennt abgestimmt (siehe Beschlüsse Nrn. 0077 und 0079).

Der Ausschuss wird über den Fortgang der Angelegenheit unaufgefordert unterrichtet.

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0081 09-V-51-0090

Umzug und Erweiterung der Kinderkrippe des Trägers Fit for Family care gGmbH

Herr Jäger (Dezernat VI) berichtet, dass

- der Träger der Kinderkrippe eine Baugenehmigung erhalten hat, bei der auch die denkmalschutzrechtlichen Belange berücksichtigt wurden,
- die Kinderkrippe im so genannten Gartenhaus untergebracht wird und
- im Mietvertrag eine Rückbauverpflichtung des Mieters festgeschrieben wurde.

2. Die Nachfragen des Ausschusses haben durch den Bericht ihre Erledigung gefunden.

Einstimmig

0082 10-V-40-0004

Jawlensky-Schule; Umbau zur IGS - Endgültige Kostenaufstellung -

Einstimmig

0083 10-V-40-0006

Helen-Keller-Schule; Umbau der Hausmeisterdienstwohnung für Unterricht und Betreuung

Stv. Gerich fragt nach, ob wir woanders für die Nachmittagsbetreuung weniger ausgeben.
Herr Römer (Schulamt) verneint das.

Einstimmig

0084 10-V-52-0003

Herr Schütze (Leiter Sportamt) berichtet auf die Nachfrage des Ausschusses, dass konkrete Brandschutzmaßnahmen gar nicht geplant sind.

Es sind immer Mittel für sicherheitstechnische Maßnahmen im Haushalt eingestellt, damit man im lfd. Jahr flexibel reagieren kann. Seit Einführung der Doppik wurde dieser „Topf“ in sicherheitstechnische Maßnahmen und Brandschutz geteilt.

Es werden weder Brandschutzmaßnahmen zurückgestellt noch Maßnahmen verschoben. Es handelt sich um Restmittel

Die Sporthallen werden regelmäßig durch die Berufsfeuerwehr begangen, so dass es auch keine Befürchtungen in Bezug auf fehlenden Brandschutz gibt.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0085 09-V-82-0006

Neue Touristinformation - Kosten

Stv. Gerich möchte zu den Kosten der Einbauten i. H. v. 88.000 € Aufklärung erhalten und möchte wissen, warum denn die Kosten für Heizung/Sanitär i. H. v. 2.700 € nicht vom Vermieter getragen wurden.

Herr Wossidlo berichtet, dass im Keller eine zusätzliche Heizung eingebaut werden musste, weil der Keller nicht feucht, sondern nass war. Da hier Papier gelagert werden sollte, musste Abhilfe geschaffen werden. Die Ansprüche waren aber höher als bei „normalen“ Mietern, so dass die LHW für die Kosten aufkommen musste. Bei den erhöhten Kosten für die Elektroinstallation (bedingt durch das Alter des Gebäudes) habe man die Kosten zwischen Mieter und Vermieter geteilt.

Stadtrat berichtet, dass die Touristinformation mittlerweile zertifiziert worden ist und auch über eine Kundentoilette verfügt.

Einstimmig

0086 10-V-82-0001

128. Vergleichende Prüfung 'Kurparke' - Umsetzung der Empfehlungen aus dem Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs vom 5. März 2009

Stv. Reiß fragt nach, ob die Vergaberichtlinien eingehalten werden und ob es nicht sinnvoll wäre, eine Dienstanweisung für alle Mitarbeiter zu beschließen.

Stadtrat Bendel erklärt, dass es gängige Praxis ist, auch bei den Eigenbetrieben die Vergaberichtlinien einzuhalten. Alle Leistungen werden entsprechend der Festlegungen ausgeschrieben.

Nach Mitteilung von Vors. Tollebeek gibt es lediglich den Unterschied, dass nicht alle Vergaben über die Verdingungskommission laufen, da diese für die Kernverwaltung zuständig ist.

Einstimmig

0087 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon

Vors. Tollebeek berichtet dem Ausschuss, dass nach Rücksprache mit Stadtrat Bendel geklärt werden konnte, dass es sich lediglich um einen Übertragungsfehler gehandelt habe, der im internen Schriftverkehr aufgetaucht ist, der aber nichts mit dem Testat des Prüfers zu tun hat.

Stadtrat Bendel verteilt die fehlende Seite 5 des Protokolls über die Sitzung der Betriebskommission vom 03.12.2009 und erklärt, dass es sich bei dem Übertragungsfehler um die doppelte Auflistung des Weingutes gehandelt habe. Dies könne beim Kopieren von Teilen am PC passiert sein, habe aber mit dem Ergebnis der Wirtschaftsprüfer nichts zu tun.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek weist auf die Stellungnahme von Herrn Muth (Rechtsamt) zum Einsichtsrecht des Revisionsausschusses in Protokolle über Sitzungen von Betriebskommissionen hin. Diese Stellungnahme geht den Ausschussmitgliedern zu und belegt, dass der Revisionsausschuss neben den üblich beigefügten Auszügen aus den Protokollen bei berechtigtem Interesse auch die Protokollauszüge zu Einzelpunkten erhalten kann, wenn sich der Ausschuss z. B. damit bereits thematisch beschäftigt hat.

Einstimmig

0089 10-V-36-0002

Bleischrotsanierung Wurfscheibenschießstand Weißer Weg: Mittelverwendung

Stv. Dumont du Voitel fragt nach, ob es denn Bürgschaften gäbe, da die Rechnung über 119.000 € doch an die LHW ginge.

Herr Mengden (Umweltamt) berichtet dazu, dass eine Kalkulation vorgelegt wurde. Bisher liege noch keine Abschlussrechnung vor. Mehrkosten sollen auf jeden Fall verhindert werden. Es gibt eine Vereinbarung zwischen dem DSB und der LHW, die auch eine Kostenaufteilung enthalte. Sobald die Schlussrechnung vorliegt wird die LHW dem DSB seinen Anteil in Rechnung stellen und dieser wird die Zahlung auch leisten. Es bestehe kein Restrisiko.

Auf Nachfrage von Stv. Wieltsch berichtet Herr Mengden weiter, dass es eine zusätzliche Auflage vom RP gäbe - eine baubiologische Begleitung während der Sanierung sei notwendig. Dies sei eine relativ neue Entscheidung, die nicht durchgängig üblich ist.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass die LHW keine Ausfallbürgschaften abschließen muss, denn sie sei die genehmigende Behörde und das hier beschriebene Verfahren sei ein normales Rechtsgeschäft.

Einstimmig

0090 10-V-36-0007

Realisierung des regenerativen Energien Projektes "Bürgersolaranlagen in Wiesbaden"

Zu dieser Sitzungsvorlage liegt der Magistratsbeschluss nicht vor.

Die Ausschussmitglieder, die im Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit tätig sind kennen den Magistratsbeschluss und bestätigen, dass die Anregungen der Fraktionen umgesetzt wurden.

Der Revisionsausschuss beschließt vorbehaltlich der Umsetzung der Anregungen und Vors. Tollebeek weist auf die Möglichkeit hin, in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung noch einmal genauer auf die ungeklärten Fragen eingehen könnte.

Herr Mengden weist darauf hin, dass es schwierig wird, wenn die Beschlussfassung über diese Sitzungsvorlage verschoben werden sollte.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0091 10-V-30-0006

Datenschutzbericht 2006 bis 2009

Herr von Jagow (Bauaufsichtsamt) und Herr Quetscher (Rechtsamt) sind zu diesem Punkt anwesend.

Vors. Tollebeek möchte wissen, warum der Datenschutzbericht Jahre lang vorgelegt wurde und dann seit einigen Jahren den Ausschuss gar nicht mehr erreicht hat.

Herr von Jagow erklärt, dass es im Zeitraum 2006 - 2009 sehr viel Arbeit mit der Einführung von inter gegeben habe. Danach habe man nicht mehr rechtzeitig angefangen, den Datenschutzbericht wieder neu aufzulegen. Er wurde auch nicht nachgefragt, so dass eine zeitliche Lücke entstanden ist. Man wird den Datenschutzbericht aber ab sofort wieder jährlich vorlegen.

Auf Nachfrage von Stv. Wieltsch berichtet Herr von Jagow weiter, dass keine 7N Sicherheitsbeauftragte/n geben wird, sondern sich das Revisionsamt zukünftig mit der IT-Sicherheit beschäftigen wird.

Stv. Dumont du Voitel möchte wissen, ob es nach dem Diebstahl von laptops eine besondere Diebstahlsicherung installiert wurde.

Herr von Jagow stellt klar, dass eine besondere Sicherung der Daten gemeint war. Künftig werde es eine Datensicherung durch Verschlüsselung geben. Dies schütze zwar nicht vor dem Diebstahl des Gerätes, aber vor der Verwendung der Daten.

Stv. Dumont du Voitel geht davon aus, dass durch das offene Rathaus ein Diebstahl nie ganz ausgeschlossen werden kann.

Lt. Vors. Tollebeek ist aber gerade das Rathaus das Haus der Bürgere/innen und so offen, wie es jetzt ist, solle es auch bleiben, das sei der Sinn und Zweck des Rathauses und ein Teil von Demokratie. Maßnahmen zur Diebstahlvermeidung seien natürlich notwendig, aber reines Verwaltungshandeln.

Stv. Wieltsch spricht einen Dank an die Datenschützer für die Möglichkeit der Heimarbeit aus. Man habe als Stadtverordnete auch an eine solche Möglichkeit gedacht.

Vors. Tollebeek wirft darauf ein, dass dann aber auch jeder Stadtverordnete mit einem laptop ausgestattet werden müsste und alle damit einverstanden sein müssten, ganz auf Papier zu verzichten.

Er weist auf eine Neuregelung im Bereich Datenschutz ab 01.04.2010 hin und fragt nach, ob die LHW die gesetzlichen Anforderungen erfüllt.

Herr von Jagow stellt klar, dass die Änderungen die Kernverwaltung der LHW gar nicht betreffen.

Auf Nachfrage berichtet Herr Wack (ELW) dazu, dass es dort einen eigenen Datenschutzbeauftragten gäbe, der mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten im ständigen Kontakt stehe.

Die Frage von Vors. Tollebeek, ob auch bei Witcom, SEG usw. sichergestellt sei, dass die Änderungen umgesetzt werden berichtet Herr Quetscher, dass es momentan Gespräche mit dem RP

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Darmstadt und dem Hess. Datenschutzbeauftragten gäbe. Es sei nicht klar, ob der behördliche Datenschutz auch für die Gesellschaften gelte.

Herr von Jagow berichtet, dass er in Zukunft die Aufgabe des Datenschützers nicht mehr wahrnehmen wird, weil er eine neue Aufgabe übernommen hat.

Einstimmig

0092 **Verschiedenes**

Unter diesem Punkt wird die Liste der Offenen Punkte besprochen und zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0095 **10-V-20-0016**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2009

Stv. Kienast-Dittrich fragt nach, ob die HSK eine eigene Revisionsabteilung habe.
Herr Zenzen teilt dazu mit, dass das Revisionsamt ab Mai 2010 mit dem Aufbau einer internen Revision in der HSK beginnt, die in die Konzernrevision übergehen wird.

Nachfragen zu erhöhtem Materialaufwand bei ESWE-Verkehr oder höherem medizinischen Sachbedarf in den HSK werden durch Herrn Emmel (Kämmerei) beantwortet.

Die Frage zu erhöhten Stornokosten bei den Rhein-Main-Hallen kann spontan nicht beantwortet werden. Herr Wossidlo sichert zu, dies intern noch einmal zu prüfen.

Einstimmig

0096 **07-F-22-0002**

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Vors. Tollebeek stellt noch einmal klar, dass selbst bei eingeschränkten Möglichkeiten durch die Eingemeindungsverträge mit den östlichen Vororten der Revisionsausschuss hätte unterrichtet werden müssen, dass ein neues Fahrzeug für den Winterdienst angeschafft werden müssen. Es habe einen klaren Beschluss gegeben, dass keine neuen Fahrzeuge angeschafft werden dürfen, aber dieser Beschluss ist ins Leere gelaufen. Er finde das Verfahren nicht witzig. Die Entsorgung von

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Altfahrzeugen habe der Ausschuss auf eine neue Basis gestellt, die Beschaffung müsse aber noch einmal überprüft werden.

Er letzte Dickpunkt im Beschluss aus der letzten Sitzung sei missverständlich gewesen, so dass es zu Nachfragen kam, die aber geklärt werden konnten.

Er schlägt vor, die einzelnen Fragen nach und nach zu behandeln.

Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) berichtet, dass es noch kein Gespräch zwischen Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller und Frau Zeimetz über eine mögliche Regelung des Winterdienstes in den östlichen Vororten gegeben hat. Ein Termin stünde noch nicht fest, das Gespräch sei aber grundsätzlich vorgesehen.

Für den Winter 2009/2010 sei nicht mit üpl-Kosten für den Winterdienst zu rechnen. Beim Hauptamt werden die Personalkosten gebucht, es habe auch Kosten für den Bereitschaftsdienst gegeben, die aber keine „echten“ üpl-Kosten darstellen. Das Streusalz würde von ELW gezahlt.

Vors. Tollebeek fragt nach, warum sich ELW nicht an der Ausschreibung im vergangenen Jahr beteiligt habe.

Herr Wack berichtet dazu, dass sich ELW zunächst nicht beteiligt habe, Herr Oberbürgermeister Dr. Müller dann aber entschieden habe, dass ELW ein Angebot abgeben müsse.

Die ursprüngliche Nichtbeteiligung hat ihre Ursache darin, dass bei ELW der Personalbestand in den letzten Jahren erheblich reduziert wurde (in 2005 wurden 30 Mitarbeiter eingespart). Als Bemessungsgrundlage des Personals auch im Winterdienst wird das für die Straßenreinigung im Sommer benötigte Personal zu Grunde gelegt.

Für den Winterdienst gibt es 3 verschiedene Priorisierungsstufen der Straßen:

Stufe I	Busstrecken, Zufahrten zu Feuerwehren, Krankenhäuser u. ä.
Stufe II	Gefällstrecken
Stufe III	restliche Strecken

Schon bei normalen Wintern kann nicht das gesamte Stadtgebiet gleichzeitig geräumt werden. Bei strengen Wintern sind die Räumfahrzeuge dauernd im Einsatz und müssen Straßen der Stufe III aussparen.

Auf dieser Basis war ELW klar, dass der zusätzliche Winterdienst in den östlichen Vororten mit der vorhandenen Personaldecke einfach nicht durchgeführt werden kann, sondern dazu zusätzliches Personal eingestellt werden müsste. Dabei muss aber bedacht werden, dass das zusätzliche Personal im Sommer auch beschäftigt werden müsste.

Man könnte einen für die östlichen Vororte erweiterten Winterdienst nur in Kooperation mit einem privaten Anbieter realisieren.

Stv. Gerich wirft ein, dass er nicht das Gefühl habe, dass die Stadt so sauber sei, dass man nicht auch im Sommer Einsatzbereiche für zusätzliches Personal finden könne.

Auf Nachfrage von Stv. Wieltsch berichtet Frau Zieren-Hesse, dass die 3 Gemeindearbeiter in den östlichen Vororten vielseitig eingesetzt werden (z. B. für Grünarbeiten und bei Beisetzungen).

Außerdem würden in den östlichen Vororten auch Arbeiten von ihnen durchgeführt, die es anderen Orts so nicht gäbe und die durch Kontrakte mit anderen Ämtern abgesichert seien.

Auf einen Einwurf von Vors. Tollebeek stellt Herr Emmel (Kämmerei) klar, dass der Winterdienst der ELW durch den Steuerhaushalt der LHW gedeckt werde.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Wack wirft ein, dass man schon Verwendung für mehr Personal auch im Sommer habe, aber dann eine andere „Umrechnung“ notwendig würde. Andere Kommunen erstatten den eigenen Reinigungsbetrieben 20 % der Aufwendungen; Wiesbaden erstatte nur 15 %.

Auf Nachfrage von Stv. Gerich berichtet Frau Zieren-Hesse, dass das neue Fahrzeug nach Abstimmung mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller angeschafft wurde.

Bei Stv. Gerich bleibt aber der Eindruck, dass man den Revisionsausschuss bewusst nicht informieren wollte.

Herr Emmel weist darauf hin, dass die Fahrzeugbeschaffung ein verwaltungsinterner Vorgang sei. Es habe sich im Rahmen der Neuansiedlung des Bereichs „Beschaffung von Fahrzeugen“ bei der Berufsfeuerwehr der LHW eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich verwaltungsintern mit der Beschaffung von Fahrzeugen beschäftigt.

Stv. Schäfer hätte gerne gewusst, wann denn flächendeckend mit der Folgereinigung nach dem Ausbringen der großen Splittmengen in diesem Winter zu rechnen ist.

Herr Wack weist darauf hin, dass die Gehwege von den Anwohnern gereinigt werden müssen. Man werde an 3 Samstagen Sonderschichten einlegen, um den Splitt zu räumen und gehe davon aus, dass man noch ca. 14 Tage für die Aufräumarbeiten benötige. Man versuche, ohne Überstunden auszukommen. Eine Priorisierung der zu reinigenden Straßen gäbe es nicht.

Herr Löber berichtet, dass man vor einigen Jahren über einen flexibleren Einsatz der Mitarbeiter der ELW diskutiert habe, als dieses noch ein städtisches Amt war. Man habe damals z. B. noch das Weingut betrieben. Die damaligen Vorstellungen seien aber nicht weiter verfolgt worden.

Der Revisionsausschuss bittet den Magistrat, rechtzeitig zur Sitzung des Ausschusses vor der Sommerpause (09.06.2010)

- einen Bericht über die geplante Lösung zur Regelung des Winterdienstes in den östlichen Vororten und
- das konkrete Angebot der ELW zur Regelung des Winterdienstes in den östlichen Vororten vorzulegen und
- einen Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zur Neubeschaffung von Fahrzeugen einzureichen.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .05.2010

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 21. April 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba